

Lila Wucht – eine Zwischenbilanz

Der vorliegende Text entstand vor dem Streiktag – wir wissen also noch nicht, wie gross und laut der 14. Juni tatsächlich sein wird. Zweifelsohne wird der Tag selbst ein Höhepunkt. Unabhängig aber davon, was am 14. Juni selbst los war, hat der Frauen*streik auch schon vorher einiges bewegt.

Nach dem 1. Mai druckten die Zeitungen in Lila. In Zürich trug nicht nur das schöne Wetter, sondern auch die Mobilisierung für den Frauen*streik zur stolzen Zahl von 16'000 Teilnehmenden an der 1.-Mai-Demo bei. Der Frauen*streikblock war mit Abstand der grösste und auch beim VPOD-Mobil versammelten sich hinter dem Transparent «Mehr Lohn. Mehr Zeit. Mehr Respekt» so viele Menschen, wie schon lange nicht mehr. Die Frauen*streikplaylist animierte zum Tanzen und die Buttons gingen weg wie die heissen Weggli.

Die grossen Fragen

Die ersten Treffen des Streikkomitees Bildung waren gezeichnet von Zweifeln, Unsicherheit und der grossen Frage: Wie kriegen wir das hin?! Wird es möglich sein, die Kolleginnen zu mobilisieren? Wie sollte ein Streik überhaupt aussehen? Welche Forderungen stellen wir ins Zentrum? Dürfen wir streiken?

In den ersten paar Monaten von 2019 entstand eine Dynamik des öffentlichen Diskurses über den Frauen*streik, immer mehr Menschen beteiligten sich an diesem. Dies spiegelte sich auch in den Treffen des Streikkomitees Bildung wider. Von Treffen zu Treffen nahmen die Berichte von erfolgreichen Treffen an Schulen, solidarischen Gesten von Eltern und von konkreten Aktions- und Streikplänen zu.

Im Zentrum die Forderungen

Die intensive Auseinandersetzung mit den eigenen Arbeitsbedingungen trug dazu bei, dass die Lehrer*innen ihre Streikabsichten immer überzeugter verfolgten. Die Forderungen, die sie der Bildungsdirektion am 14. Mai in einem offenen Brief stellten, haben es in sich. Von konkreten Forderungen wie der Lohnklasse 19 für Kindergartenlehrpersonen und der Abschaffung unbezahlter betreuter Pausen bis hin zur generellen Forderung eines Elternurlaubs.

Lehrer*innen als Bildungsvermittler*innen

Gleichzeitig weist das Streikkomitee Bildung auf die



Rolle der Schule als Ort der Reproduktion hin: «Die Schule kann Geschlechterrollen festigen, aber auch aufbrechen. Deshalb kommt dem Bildungsbereich in Bezug auf Chancengleichheit und Gleichstellung eine besondere Verantwortung zu.» Reaktionen von einzelnen Bildungsinstitutionen auf die Streikpläne zeigten: Die Gleichstellungsforderungen werden prinzipiell begrüsst, konkret sehen die Schulen aber in ihrer eigenen Organisation keinen Handlungsbedarf.

Sichtbarkeit des eigenen Arbeitsverhältnisses

Die Annahme, dass die eigene Schule und der Kanton als Arbeitgeber in fortschrittlicher und solidarischer Manier positiv auf die Streikabsichten reagieren würde, wurde nicht erfüllt. Die Lehrer*innen wurden dazu angehalten, in ihrer Freizeit zu streiken und es wurde suggeriert, dass sie die «Erlaubnis» der Arbeitgeber bräuchten. Die Auseinandersetzung mit der Frage, was ein Streik überhaupt ist, hat damit das eigene Arbeitsverhältnis spürbar und sichtbar gemacht.

Widerstand gegen «Lila washing»

Nicht zuletzt haben die Reaktionen und Äusserungen von Seiten Arbeitgeber und Medien den Kampfgeist vieler Lehrer*innen geweckt. Die Forderungen und die Streikabsichten wurden von diesen bagatellisiert und nicht ernst genommen: Diesen zufolge handle es sich beim Frauen*streik nicht um einen «richtigen» Streik, weil er politische und nicht arbeitsrechtliche Ziele verfolgen. Wir Frauen entschliessen und entscheiden jedoch selbst, wie und warum wir streiken! ■

Text: **Anna-Lea Imbach**, Gewerkschaftssekretärin VPOD Zürich Lehrberufe

Bild: **Florian Thalmann**



Zug chauffieren und weitere öffentliche Dienstleistungen bereitstellen, die fünfte Ferienwoche verwehrt wurde?

27. November 2011: Die vom VPOD lancierte Volksinitiative «Für faire Ferien» wurde mit 61,7 Prozent Nein- zu 38,3 Prozent Ja-Stimmen klar abgelehnt. Die StimmbürgerInnen folgten damit der Empfehlung von Regierung und Kantonsrat. Die damalige Regierungspräsidentin Ursula Gut äusserte sich in der NZZ folgendermassen zu den Abstimmungsergebnissen: «Es ist offensichtlich, dass das bisherige Gesamtpaket mit seinen grosszügigen Regelungen bezüglich Ferien und Kompensation so stimmt.»

Einzig in einigen Zürcher

und Winterthurer Stadtkreisen fand die Forderung des VPOD eine Mehrheit. Massgeblich zu diesem Resultat haben die damaligen düsteren Wirtschaftsaussichten beigetragen und vermutlich auch in Bevölkerungsteilen verankerte Antipathie gegen «die faulen Beamten». Bereits damals hat der VPOD versprochen, das Anliegen intensiv weiterzuverfolgen. Dieses Versprechen hat die Gewerkschaft definitiv eingelöst. Der Regierungsrat gewährt nun per 1.1.2020 eine zusätzliche Ferienwoche für das Staatspersonal und per 1.8.2020 auch für die Lehrpersonen. Doch bis dies tatsächlich erreicht werden konnte, war es ein langer Weg.

Regierungsrat wollte ursprünglich «Kostenneutralität»

Als erster Schritt musste sich auch bei der Exekutive die Erkenntnis durchsetzen, dass «der Vergleich mit grossen privatrechtlichen Arbeitgebern sowie Bund und Kantonen zeigt, dass die heutige Ferienregelung nicht mehr zeitgemäss ist», wie im Protokoll des Regierungsrates vom 30. Mai 2018 zu lesen ist. Daher wäre die Einführung der fünften Ferienwoche angezeigt. Doch die anfängliche Freude beim Personal wandelte sich schnell in Frust, als sich zeigte, wie diese neue Ferienregelung vom Regierungsrat angegangen wurde. Der VPOD hat sich dementsprechend sofort gegen deren Umsetzung auf Kosten der Angestellten gewehrt. Der Vorschlag des Regierungsrats war ursprünglich «kostenneutral», was de facto bedeutete, dass der Ferienanspruch nicht ausgeweitet wird. Die geplante Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde hätte bedeutet, dass die Angestellten diese Ferienwoche selbst vorarbeiten und damit selbst bezahlen müssen und dass sie insgesamt sogar etwas länger arbeiten als bisher. Für die Altersgruppen bis und mit zwanzig und über sechzig Jahre hätte die vorgeschlagene Regelung damit sogar Nachteile gebracht. Zudem schloss der Regierungsrat die Lehrpersonen von der fünften Ferienwoche aus, obwohl seit Jahren von der Angleichung der Anstellungsbedingungen zwischen Lehrpersonen und dem übrigen Staatspersonal die Rede war.

Die fünfte Ferienwoche kommt!

Exakt zehn Jahre nach der Einreichung der VPOD-Initiative für eine fünfte Ferienwoche für alle Angestellte des Kantons ist es jetzt amtlich: Zusammen mit den anderen Staatsangestellten erhalten auch die Lehrpersonen und die Schulleitungen der Volksschule vom Regierungsrat eine fünfte Ferienwoche zugesprochen. Der jahrelange, intensive Einsatz des VPOD hat sich ausbezahlt.

Von Fabio Höhener

Für die ABB, Swisscom und Swatch selbstverständlich, für Coop und Migros das Mindeste, auch für UBS und Credit Suisse seit Jahren unbestrittener Fakt. Doch erst jetzt auch im Kanton Zürich Realität: Mindestens fünf Wochen Ferien für das Personal. Bis anhin bestand für die 21- bis 49-jährigen Kantonsangestellten lediglich ein Anspruch auf vier Wochen Ferien. Im Vergleich zu den Unternehmen im privaten Sektor eine nicht nachvollziehbare Schlechterstellung. Wie kam es, dass ausgerechnet den Menschen, die unsere Angehörigen pflegen, unsere Kinder betreuen und unterrichten, uns im Bus, Tram und

«Neu haben die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule Anspruch auf 25, 27 oder 32 Tage Ferien im Jahr.»

Wer auf Psychomotorik angewiesen ist, zeigt dies oft in Form von Auffälligkeiten in der Bewegung, Wahrnehmung und im Verhalten. Diese können in Verbindung mit sozialen, emotionalen oder kognitiven Problemen stehen.

Seit Jahren wurden die Angestellten des Kantons Zürich mit Sparmassnahmen und Nullrunden abgefunden. Von 2010 bis 2016 hat der Kanton Zürich insgesamt 436 Millionen Franken auf Kosten der Angestellten eingespart. Nachdem der Regierungsrat 2017 so auch mit Einsparungen beim Personal im Rahmen der «Leistungsüberprüfung 2016» einen Ertragsüberschuss von 367 Millionen Franken erwirtschaftet hat, wollte er nun die Angestellten auch noch die Rechnung für diese längst überfällige Massnahme bezahlen lassen. Der VPOD lehnte die vorgeschlagene Änderung der Ferienregelung aus diesen Gründen ab und forderte in der Vernehmlassung, dass allen Angestellten (auch den U20- und den Ü60-jährigen) eine zusätzliche Ferienwoche zu gewährt sei. Und dies gleichermassen auch für die Lehrpersonen. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit kam und kommt für den VPOD nicht in Frage.

Senkung der Nettojahresarbeitszeit nun durchgesetzt

Der Widerstand hat sich nun gelohnt. In einer zweiten Version wurden die meisten Forderungen des VPOD und VPV aufgenommen. Neu werden die bisher seit Jahren gewährten zwei Jahreswechsel-Urlaubstage zu neu zwei Ferientagen für alle Altersgruppen vom Lehrling bis zum 65. Altersjahr umgewandelt. Zudem werden den 21- bis 49-jährigen Angestellten drei zusätzliche Ferientage gewährt. Damit erhalten alle Angestellten bis zum 59. Altersjahr durchgehend fünf Ferienwochen. Das gilt für das Staatspersonal und auch für die Volksschullehrpersonen. Ab dem 1. August 2020 haben die Lehrpersonen der Zürcher Volksschule und auch Schulleitende neu Anspruch auf 25 Tage Ferien, ab dem 50. Altersjahr auf 27 Tage und ab dem 60. Altersjahr auf 32 Tage. Die Nettojahresarbeitszeit von heute 1932 Stunden pro Jahr für ein Vollpensum reduziert sich um die entsprechenden Stunden. Somit sind Volksschullehrpersonen den übrigen Staatsangestellten gleichgestellt.

Besonders erfreulich ist, dass der Regierungsrat dieses Mal auch vom sonst bei der Volksschule eisen gehandhabten Prinzip der Kostenneutralität abweicht. Sowohl bei den Lehrpersonen wie bei den Schulleitungen wird der zusätzliche Ferienanspruch zu einer höheren Gesamtzahl an Stellenprozenten führen. Die Bildungsdirektion rechnet daher, dass Teilzeit arbeitende Lehrpersonen ihren Beschäftigungsgrad leicht erhöhen, damit möglichst wenige zusätzliche Lehrpersonen angestellt werden müssen.

Ein Wermutstropfen hingegen bleibt bestehen. Bei den Lehrpersonen der Mittelschulen, der Fachhochschulen und der Berufsschulen werden keine Anpassungen vorgenommen. Gemäss Regierungsrat hätten diese Berufsgruppen keinen Berufsauftrag mit Jahresarbeitszeit, sondern seien per Lektionen angestellt. Dies gäbe ihnen grössere Freiheiten zum Ferienbezug. Für die VPOD ist das unverständlich. Wir werden uns weiter für eine zusätzliche Ferienwoche auch für diese Berufsgruppen einsetzen. ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich Lehrberufe

Ein Tag in der Psychomotoriktherapie von Eva Wieler



Eva Wieler ist Psychomotoriktherapeutin in der Stadt Zürich und Vorstandsmitglied der Sektion Zürich des Berufsverbandes Psychomotorik Schweiz. Seit Sommer letzten Jahres ist der Verband assoziiertes Mitglied beim VPOD Lehrberufe.

Nach einem wilden Ritt auf dem Pferd und einem mutigen Sprung über den Wassergraben stehen die jungen Ritter Matteo und Yasin vor dem wilden Drachen. Mit Mut und Geschick gelingt es ihnen, dem Ungeheuer die Säckchen mit den wertvollen Drachensteinen zu entwenden und sie in ihre Festung in luftiger Höhe in Sicherheit zu bringen.

Die beschriebene Szene stammt keinesfalls aus den Federn bekannter Fantasy-AutorInnen, sondern spielt an der Therapiestelle Künigenmatt in Zürich. Verantwortlich für das Abenteuer, in welches sich die beiden Kindergartenbuben Matteo und Yasin* voller Elan stürzen, zeichnet sich Eva Wieler. Die einstige Primarlehrerin ist nun seit vier Jahren Psychomotoriktherapeutin und leitet die heutige Lektion.

Psychomotorik ist mehr als eine Turnstunde für Kinder mit Schwierigkeiten im Bewegungsverhalten. Der Begriff betont die Verbindung von motorischen und psychischen Prozessen. Im Zentrum steht die Einheit von Bewegen, Erleben, Denken, Fühlen und Handeln. Dies betont auch Eva Wieler: «Die Wahrnehmung des eigenen Körpers und die Stärkung der Sinne ist die Grundlage des Lernens». Im Bewegungsspiel wie beim Ritt auf dem Gymnastikball geht es nicht allein um die Stärkung des Gleichgewichts, sondern auch um die Wahrnehmung, wie die Füsse gegen den Boden drücken und wie Kraft massvoll eingesetzt wird, so dass man nicht vom Ball fällt.

Nach dem Bewegungsspiel finden sich die beiden Buben mit Eva Wieler am Tisch wieder. Die letzte Therapiesequenz widmet sich der Grafomotorik. Matteo und Yasin zeichnen konzentriert und thematisch passend Burgmauern auf ein Papier. Ziel ist die Förderung der Vorläuferfertigkeiten für das Schreiben; gezielte Strichführung oder Formwiedergabe. Eva Wieler achtet darauf, dass die Buben möglichst wenig den Stift absetzen und unverkrampft die Linien ziehen. Ihr gelingt es, Matteo und Yasin für diese Aufgabe zu motivieren, obwohl diesmal keine Drachen im Spiel sind. Wenig erstaunlich ist daher das kritische Feedback der Kinder an Eva Wieler am Ende der Lektion; die Stunde sei viel zu schnell fertig gewesen. ■

*beide Namen geändert

Text und Bild: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich Lehrberufe

Weil Kinder mehr Zeit brauchen!

Ende Februar hat der Regierungsrat die neue «Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten V TAK» in die Vernehmlassung geschickt. Kinderbetreuung ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit, die eine qualifizierte Ausbildung, Fachwissen und ständige Weiterbildung verlangt. Die Arbeitsbedingungen in der vorschulischen Kinderbetreuung (Kitas mit oft privater Trägerschaft) sind allerdings ungenügend. Bisher fehlt die Bereitschaft der öffentlichen Hand, Rahmenbedingungen zu definieren und die Kinderbetreuung angemessen zu finanzieren. Auch die neue «Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten V TAK» trägt den Missständen keinerlei Rechnung.

Auf die vorgesehene kantonale Verordnung reagiert die Gruppe «Trotzphase» (Fachpersonen in der Kinderbetreuung) zusammen mit dem VPOD Zürich mit einer Petition. In dieser werden die Verantwortlichen aufgefordert, endlich die Voraussetzungen für eine flächendeckende Kinderbetreuung mit Qualität zu schaffen.

Jetzt unterschreiben, damit

- genügend gut ausgebildetes und fair entlohntes Fachpersonal zur Verfügung steht,
- die Kinder gut betreut und altersgerecht gefördert werden,
- die Kontinuität beim Personal grösser wird, so dass die Kinder stabile Beziehungen aufbauen können,
- der Anteil an pädagogisch ausgebildetem Personal steigt und die Fluktuation unter diesem sinkt.

www.weil-kinder-mehr-zeit-brauchen.ch

Text: Florian Thalmann

Umkleiden ist Arbeitszeit

Seitdem auch der Regierungsrat des Kantons Zürich klargemacht hat, dass Umkleidezeit als Arbeitszeit anzurechnen ist, wird verhandelt. Auch mit dem USZ! Einige Spitäler tun sich immer noch schwer damit, die Umkleidezeit endlich als Arbeitszeit anzurechnen. So hat das Spital Limmattal die Forderung des VPOD zurückgewiesen. Hier läuft der Rekurs vor Bezirksrat. Auch das Spital Uster will nichts von unserer Lohnforderung wissen. Hier werden wir mit Lohnklagen das Recht der Angestellten einfordern müssen. Und viele Spitäler tun so, als ob sie von dieser Frage noch nie gehört hätten.

Das Universitätsspital Zürich USZ musste handeln. Ein erster Vorschlag wurde vorgelegt, von uns in einer breiten

Befragung der Angestellten diskutiert, vom USZ dann zurückgezogen. Man wollte die Umkleidezeit mit Kompensationstagen entschädigen. Nachdem der Kanton die Einführung der fünften Ferienwoche beschlossen hatte, ging das nicht mehr.

Weiterhin ist klar: Rückwirkend per 1.1.2019 muss Umkleidezeit entschädigt werden. Und wo nötig fordern wir für VPOD-Mitglieder eine Lohnnachzahlung für die letzten fünf Jahre ein. Recht haben und Recht bekommen ist – einmal mehr – nicht das gleiche. Wir sorgen dafür, dass die Spitalangestellten und alle Angestellten mit Umkleidepflicht zu ihrem Recht kommen. Es bleibt spannend.

Text: Roland Brunner

Migration – Herausforderungen für die Gewerkschaftsarbeit Weiterbildungskurs für VPOD-Mitglieder und Interessierte, 29.06.2019 in Zürich

Xenophobe politische Debatten über Migration wie auch konkrete Erfahrungen von MigrantInnen zeigen, dass es in der Schweiz Fremdenfeindlichkeit gibt – auch am Arbeitsplatz. Wie können die Gewerkschaften dem wirkungsvoll entgegenzutreten und die Interessen der Mitglieder mit Migrationshintergrund vertreten?

Kursort: VPOD-Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Zürich, Saal im 5. Stock
Kursleitung: Johannes Gruber und Bashkim Rexhepi
Kursgebühren: Für VPOD und zbl-Mitglieder gratis, für Nichtmitglieder Fr. 300.-

Anmeldung online unter: <https://vpod.ch/kalender/2019/06/migration/>

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Donnerstag, 27. Juni 2019
Treffen Berufsfachschulgruppe;
18:30 bis 20 Uhr

Themen: Digitalisierung und Projekt Kompetenzzentren

Samstag, 29. Juni 2019
Weiterbildungskurs: Migration – Herausforderungen für die Gewerkschaftsarbeit

9:30 - 17:30 Uhr; VPOD- Zentralsekretariat
Anmeldung und Infos unter: <https://vpod.ch/kalender/2019/06/migration/>

Mittwoch, 25. September 2019
Sitzung Gruppe Volksschule;
17:30 Uhr

Freitag, 27. September 2019
GV Berufsfachschulgruppe
Weitere Infos folgen.

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach

Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 3 / Juli 2019**, erscheint fünf Mal jährlich, 4. Jahrgang, Auflage: 3000